

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
37. Plenarsitzung, Mittwoch, 23. August 2017

Aktuelle Debatte zur Diesellaffäre

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

23.08.2017

Manipulationen und Rechtsverletzungen sind unter keinen Umständen zu akzeptieren.

Manager der Autoindustrie haben über Abgaswerte getäuscht. Sie haben gelogen und betrogen. Ein Betrugskartell in Nadelstreifen hat den Autobau "Made in Germany" gefährdet. Behörden und Verbraucher wurden hinters Licht geführt, Dieselmotoren systematisch und mit krimineller Energie manipuliert.

Und dann besteht auch noch der Verdacht von verbotenen Absprachen der Konzerne zu Lasten der Kunden und zu Lasten des technischen Fortschritts. Weite Teile der Autobranche haben „unglaubliches Vertrauen“ verspielt. Die Manager, nicht die Autofahrer sind in der Pflicht. Die Kosten von Umrüstungen muss die Industrie tragen. Den Kunden dürfen keine Extra-Kosten entstehen. Das wäre im Übrigen auch ein Fall für die Verbraucherministerin.

Fahrverbote lehnen wir ab.

Wir sind strikt gegen pauschale Fahrverbote. Deswegen lehnen wir auch die blaue Plakette ab. Diese würde nämlich ein generelles Einfahrverbot bedeuten. Ein Aufkleber auf dem Auto verändert nicht das Emissionsverhalten des Wagens.

Fahrverbote belasten Autokäufer, die viel Geld investiert haben und auf den bestehenden Rechtsrahmen vertrauen konnten. Sie belasten besonders diejenigen, die sich keine teuren Autos leisten können. Dies trifft besonders Familien oder Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen. Außerdem sind davon gerade kleine Handwerksbetriebe betroffen. Sie belasten die zahlreichen Berufspendler in Rheinland-Pfalz.

Der Industriestandort Deutschland darf keinen dauerhaften Schaden nehmen.

Deutschland ist weltweit führend in der Automobilproduktion. Ein großer Teil unseres Wohlstandes beruht auf der Autoindustrie.

Wir reden viel über die Konzernchefs, noch zu wenig über die 850.000 Mitarbeiter in der Automobilindustrie. Die haben nicht manipuliert oder betrogen. Das waren einige wenige Manager, die mit ihrem Fehlverhalten eine ganze Industrie in Misskredit gebracht haben und damit Arbeitsplätze riskieren. Ich will, dass Deutschland Auto-Land bleibt und die deutsche Automobilindustrie auch noch in den nächsten Jahrzehnten zur Weltspitze gehört.

Deutschland ist deshalb wirtschaftlich so erfolgreich, weil es im Gegensatz zu vielen anderen Staaten eine starke industrielle Basis hat. Diese muss trotz aller Skandale erhalten bleiben. Jetzt gilt es hart an der Mobilität der Zukunft zu arbeiten, um mit den Internetgiganten im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Deshalb dürfen die Feinde des Individualverkehrs keine Chance bekommen, den Verbrennungsmotor handstreichartig abzuschaffen.

Es ist Aufgabe des Staates, Belastungen für die Gesundheit und die Natur zu reduzieren.

Hier muss mit Augenmaß vorgegangen werden. Der Staat muss den Rahmen schaffen für marktfähige Techniken. Die Industrie muss ergebnisoffen nach den besten technischen Lösungen suchen, die den Energieverbrauch und den Schadstoffausstoß reduzieren. Verbote und finale Ausstiegsdaten helfen hier nicht weiter.

Im Herbst wird die Kanzlerin einen Gipfel mit der Autoindustrie einberufen, um zu sehen, was die Maßnahmen Software und Prämien bringen. Außerdem wird es ein Treffen mit betroffenen Kommunen Anfang September unter Angela Merkels Leitung geben, um gemeinsam individuelle Pläne auszuarbeiten.

Städte, Gemeinden, Landkreise und andere kommunale Akteure erhalten Bundes-Gelder für den Aufbau der Elektromobilität vor Ort. Die Projekte haben eine große Bandbreite: von der Beschaffung von Elektro-Gelenkbussen über die Etablierung eines Carsharing-Services mit E-Autos und eines Elektro-Taxi-Aktionsplans bis zu E-Mobilitätskonzepten für ganze Landkreise.

In RLP steigt das Alter der Fahrzeuge im Öffentlichen Personennahverkehr stetig an. **Inzwischen hat Rheinland-Pfalz die älteste Busflotte Deutschlands!** Die Landesregierung muss endlich ein Landes-Förderprogramm für die Fahrzeugbeschaffung auflegen.

Es besteht keine Einigkeit in dieser Frage in der Ampel-Koalition.

Die Grünen wollen den Verbrennungsmotor so schnell wie möglich verbieten und die Autofahrer umerziehen. Für die Grünen sind auch Fahrverbote in Ordnung, der Rest der Landesregierung ist dagegen. Was gilt denn nun?

Grundsätzlich:

Fahrverbote müssen vermieden, Diesel darf nicht verteufelt werden. Technologieoffenheit statt Quoten für das Auto der Zukunft!

Rheinland-Pfalz hat die ältesten Busflotten, schlecht für die Luft. Hier muss die Ampel-Regierung handeln. Wir müssen auch über die vielen Tausend Mitarbeiter reden, die nicht betrogen, aber nun Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Manipulationen und Rechtsverletzungen sind unter keinen Umständen zu akzeptieren. Der Industriestandort Deutschland darf keinen dauerhaften Schaden nehmen. Es ist Aufgabe des Staates und der Wirtschaft, Belastungen für die Gesundheit und die Natur zu reduzieren.

E-Autos gehören zum Angebots-Mix. Ladeorten mit kurzen Ladezeiten müssen flächendeckend sein. Aber der Strom muss auch irgendwo herkommen, die Überlastung der Leitungen ist Realität.